

Sparmassnahmen bei der freiwilligen AHV

(sda) Bei der defizitären freiwilligen AHV/IV für Auslandschweizer sollen längerfristig 130,5 Millionen Franken im Jahr eingespart werden. In einer bis Ende September laufenden *Vernehmlassung* schlägt der *Bundesrat* vor, den Kreis der Berechtigten einzuschränken und den Beitragssatz anzuheben.

Seit ihrer Schaffung im Jahr 1948 leidet die freiwillige AHV/IV an einem Defizit. Einem Beitragsfranken stehen drei Franken Versicherungsleistungen gegenüber. Die Hälfte der Versicherten bezahlt nur den Mindestbeitrag von derzeit 387 Franken im Jahr, während es in der obligatorischen Versicherung bloss sieben Prozent sind.

Um das Sozialwerk ins Lot zu bringen, schlägt der Bundesrat vor, dass der freiwilligen AHV/IV künftig nur noch Personen beitreten können, die in einem Land ohne Sozialversicherungsabkommen mit der Schweiz leben. Bedingung ist, dass sie in der obligatorischen AHV während mindestens fünf Jahren versichert waren. Wer in einem Land mit Sozialversicherungsabkommen wohnt und bei Inkrafttreten der Revision freiwillig versichert ist, kann die AHV/IV während sechs Jahren beibehalten. Über 50jährige können die Versicherung bis zum Rentenalter fortführen. Der Beitragssatz der freiwilligen AHV/IV wird demjenigen der obligatorischen angepasst, das heisst von 9,2 auf 9,8 Prozent erhöht. Gleichzeitig wird der reduzierte Beitragssatz für tiefe Einkommen abgeschafft.

Neu können auch ausländische Staatsangehörige aus einem Nichtvertragsstaat der freiwilligen Versicherung beitreten, wenn sie in der obligatorischen AHV/IV während mindestens fünf Jahren versichert waren. Verbesserungen sind auch für IV-Empfänger vorgesehen. Weiter können sich nichterwerbstätige Studierende unter 30 Jahren sowie Gatten von obligatorisch Versicherten weiterhin in der obligatorischen AHV/IV versichern lassen.

Die heutigen Kosten der freiwilligen AHV/IV betragen 214,1 Millionen Franken. Davon sind 59 Millionen durch Beiträge der Versicherten gedeckt. Die nun in die Konsultation geschickte Revision erlaubt langfristig jährliche Einsparungen von 130,5 Millionen.